

Protokoll 25.10.2022

**Punkt 1:** Bekanntgabe: Personalangelegenheiten

**Punkt 2:** Urkundspersonen: Dittmann, Geider

Antrag zur Geschäftsordnung: FW beantragen den Punkt 10 zu vertagen - Zustimmung

**Punkt 3:** Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung:

Die TSV Vorstände der Turn- und Handballabteilung bitten darum, ihren Zuschussantrag positiv zu bewerten. Leider hat sich ihr Bauvorhaben durch Corona und lang ausstehende Fördergeldzusagen verzögert.

Kostensteigerungen der Baugewerke und eine notwendige spezielle Bodengründung hätten das Bauvorhaben verteuert.

**Punkt 4:** Angelegenheiten des Kita-Trägers Strolche Rhein-Neckar gGmbH

Anpassung der Betriebskostenverträge

Die Strolche wurden im Betreuungsjahr 2010/11 in den Bedarfsplan aufgenommen. Sie bieten 70 Plätze für Krippenkinder (U3) und 75 Hortplätze für Schulkinder an. Aufgrund geänderter wirtschaftlicher Faktoren müssen nun die bestehenden Verträge angepasst werden - Zustimmung

**Punkt 5:** Neubau einer Kindertageseinrichtung in Rot -

Auftrag zur Ausschreibung der Trägerschaft

Da der Vertrag zur Übernahme der Kita mit den Strolchen nicht zustande kam, muss schnell ein neuer Träger gefunden werden. Wenn das Kommunalrechtsamt zustimmt, wird die Ausschreibung regional in einem Interessenbekundungsverfahren ausgeschrieben.

*Wir bedauern, dass der Vertrag zur Übernahme der Trägerschaft mit den Strolchen nicht zustande kam und sehen ebenfalls nur die Möglichkeit einer Neuausschreibung.*

**Punkt 6:** Verlegung des Wochenmarktes auf den Dorfplatz und Anpassung der Öffnungszeiten

Die Marktbesicker stellten einen gemeinsamen Antrag, den Markt auf den Dorfplatz zu verlegen. Die Kundenzahlen wären stark rückläufig und der Markt auf dem Römerplatz nicht sichtbar. Durch die Verlegung in Sichtweite zu den Einkaufsmärkten versprechen sie sich mehr Kunden. Da einige Marktstände nachmittags noch an anderen Standorten beschicken, möchten sie die Marktzeit auf 13 Uhr reduzieren.

*Wir verstehen die Argumente der Markthändler für eine Marktverlegung. Natürlich sind sie auf dem Dorfplatz sichtbarer und zentraler als auf dem Römerplatz. Ob sie mehr Kunden dadurch gewinnen ist fraglich, da ein Markt eine andere Kundschaft anspricht als Einkaufsmärkte. Wir finden es allerdings sehr schade, dass wieder eine Einkaufsmöglichkeit aus Rot heraus in die*

*Dorfmitte wandern möchte. Doch bevor wir gar keinen Markt mehr haben, würden wir der Verlagerung des Marktes und der Reduzierung der Marktzeit zustimmen. Wir könnten uns allerdings vorstellen, vorab die Bürger zu diesem Thema zu befragen oder den Markt für eine Testphase von einem Jahr zu verlegen.*

Die Marktbesucher werden nochmals befragt, da aus der Mitte des Gemeinderates bezweifelt wurde, dass alle eine Verlagerung des Marktes möchten. Die Bevölkerung wird online und über die Gemeindenachrichten zu diesem Thema befragt. Die Marktzeiten werden auf 8-13 Uhr reduziert.

**Punkt 7: Satzungsänderung - §2 UstG**

Die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand wird nicht mehr an einen Betrieb der gewerblichen Art geknüpft, entscheidend ist ab dem 01.01.2023 die rechtliche Grundlage einer Leistung. Die Verwaltung schlägt vor, die Umsatzsteuer zusätzlich zu den bestehenden Preisen zu erheben. Für die Gemeinde wäre die UST dann ein durchlaufender Posten. Dafür muss eine Vertrags- bzw. Satzungsänderung erfolgen - Zustimmung

**Punkt 8: Durchführung einer Hundebestandsaufnahme**

Da leider nicht alle Hundehalter der Pflicht zur Anmeldung ihres Hundes nachkommen, wird beabsichtigt eine Hundebestandsaufnahme durchzuführen. Dazu wird eine Firma beauftragt, durch eine stichprobenartige Befragung der Haushalte den Hundebestand festzustellen. Die Kriterien für eine korrekte Durchführung werden zuvor mit dem Gemeindetag BW und dem Datenschutzbeauftragten festgelegt. Falls nicht gemeldete Hunde festgestellt werden, muss der Hundehalter mit einer rückwirkenden Steuerfestsetzung und der Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens rechnen. Erfahrungswerte in anderen Gemeinden zeigen, dass alleine durch die Ankündigung einer Hundebestandsaufnahme mehr Hunde angemeldet werden, z. B. wurden in Rauenberg 70% mehr Hunde gemeldet. Jeder Hundebesitzer hat die Möglichkeit seinen Hund anzumelden bevor es eine Ordnungswidrigkeit wird. *Hundesteuer ist eine Pflichtsteuer und alle Hundebesitzer müssen ihre Hunde anmelden und auch Steuern zahlen. Viele Gemeinden führen gerade solche Bestandsaufnahmen durch – Brühl hat gerade auch eine angekündigt - und auch wir sollten eine solche durchführen - Zustimmung*

**Punkt 9: Änderung/Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer**

Die Verwaltung hat die seit 2010 gültige Hundesteuersatzung den Mustervorlagen des Gemeindetages angepasst. Die letzte Gebührenerhöhung

erfolgte 2003 und beträgt für jeden ersten Hund €48, für jeden weiteren Hund €72, Kampfhund €240.

Mit diesen Sätzen liegt die Gemeinde weit unter dem Durchschnitt (€84) im Rhein-Neckar-Kreis. Die Hundesteuer soll ab dem 01.01.2023 auf €72 und ab dem 01.01.2028 auf €84 (Kreisdurchschnitt) erhöht werden. Für jeden weiteren Hund verdoppelt sich die Steuer (€144). Die Kampfhundesteuer wird auf €400 erhöht, für jeden weiteren Kampfhund €800. Die Hundesteuer ermäßigt sich auf Antrag für Hunde, die bestimmte Prüfungen abgelegt haben. Der Verlust der Hundemarke wird auf €10 festgelegt.

Die Gesamtgebührenbelastung der Bürger in SLR liegt bei €25, weit unter allen anderen Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis

*Da die Hundesteuersatzung seit 2010 nicht mehr geändert wurde und die Hundesteuer letztmals 2003 erhöht wurde, ist es durchaus legitim diese jetzt anzupassen. Eine Anpassung im ersten Schritt auf €72 für einen Hund und in fünf Jahren auf den Kreisdurchschnitt ist adäquat. Auch alle anderen Anpassungen der Hundesteuersatzung sind durchaus gerechtfertigt, deshalb stimmen wir der neuen Hundesteuersatzung zu.*

**Punkt 10:** vertagt

**Punkt 11:** Jährlicher Zuschuss Tafel Walldorf e.V. (Antrag der Grünen)

Zurzeit versorgt die Tafel 79 Bedarfsgemeinschaften (insgesamt 257 Personen) aus SLR. Dies entspricht 29% der Gesamtkundschaft. Von 100 Mitarbeitern kommen 16 Aktive aus SLR. Die Stadt Walldorf übernimmt die Mietkosten und 90% der Fahrzeugkosten. Ansonsten finanziert sich die Tafel von Spenden. Die Kunden zahlen Centbeträge für die Lebensmittel.

*Es gibt keine juristische Verpflichtung hier zu unterstützen aber es ist eine ethisch-moralische Verpflichtung. Wir sollten solidarisch in unserer Gesellschaft sein. Bisher haben wir die Tafel Walldorf nicht unterstützt, obwohl jeder dritte Kunde aus St. Leon-Rot kommt.*

*Die Tafel Walldorf leistet mit ihrem ehrenamtlichen Engagement einen großen Beitrag:*

- 60 – 100 Kunden werden pro Einkaufstag mit Lebensmitteln versorgt
- Pro Einkaufstag werden 1 Tonne Lebensmittel verteilt
- 31 Unternehmen stellen Lebensmittel zur Verfügung
- 48 Mitarbeiter pro Woche werden benötigt, um diese Arbeit aufrechtzuerhalten
- 13500 Stunden werden ehrenamtlich pro Jahr geleistet

*Jeder kleine Beitrag hilft, diese Arbeit weiterführen zu können.*

*Die Gemeinde SLR würde die Tafel Walldorf mit 13,70€ pro Tag unterstützen, wenn unser Antrag angenommen wird.*

*Wir möchten den Beschlussvorschlag anpassen, sodass die Tafel Walldorf jährlich mit 5.000€ aus St. Leon-Rot planen kann.*

*Unser Beschlussvorschlag: Die Tafel Walldorf wird mit einem Zuschuss in Höhe von 5.000€ jährlich unterstützt. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden für das Jahr 2022 überplanmäßig eingestellt. Der letzte Satz soll gestrichen werden: Für die Folgejahre wird jeweils in den Haushaltsberatungen in Abhängigkeit von der Haushaltslage entschieden.*

*Wir sind der Auffassung, dass die Gemeinde unabhängig von der Haushaltslage die Tafel Walldorf mit 13,70€ pro Tag unterstützen sollte, zumal wir bisher noch keinen Beitrag geleistet haben.*

*Wir bitten den Antrag zu unterstützen.*

Beschluss: Die Tafel wird mit einem Zuschuss von €5000 für das Jahr 2022 unterstützt. Für die Folgejahre wird jeweils in den Haushaltsberatungen in Abhängigkeit von der Haushaltslage entschieden.

#### **Punkt 12:** Zuschussantrag des TSV Rot

Neugestaltung der Kleinfeldanlage, hier: Erhöhung des gewährten Zuschusses

Der GR beschloss 2019 die Neugestaltung der Kleinfeldanlage des TSV Rot mit einem Zuschuss von €251.400 zu unterstützen (Gesamtaufwand €762.000). Es

wurde ebenfalls beschlossen, dass der Verein bei Kostensteigerungen einen weiteren Förderantrag stellen kann. Dieser Fall ist nun eingetreten (neue

Bausumme €992.000) und der TSV bittet um einen weiteren Zuschuss von

€80.000 und um Zwischenfinanzierung des Zuschusses vom Badischen

Sportbund in Höhe von €147.360. Die Verwaltung stellt klar, dass das

Bauvorhaben nur von der Handball- und Turnabteilung des TSV durchgeführt

wird. Die Leichtathletikabteilung plant einen Neubau des Leichtathletikplatzes.

*Wir stimmen dem BM zu, die Leichtathleten sind nicht beteiligt. Sie setzen einen anderen Schwerpunkt, der Leichtathletikplatz ist in die Jahre gekommen und*

*muss dringend erneuert werden. Wir haben uns die Pläne der Neugestaltung*

*der Kleinfeldanlage von 2019 mit Neubau, Rasenplatz und Beachfeld angesehen*

*und uns stellte sich die Frage, ob die Pläne gerade auch im Hinblick auf das*

*Heizsystem mit einem Gas-Brennwertgerät noch aktuell und zeitgemäß sind?*

*Wir stimmen zu, den Antrag in den Haushaltsberatungen zu behandeln und die*

*Zwischenfinanzierung zu übernehmen.*

#### **Punkt 13:** Etablierung eines öffentlichen Ausschusses für Klimaschutz

Antrag der Grünen:

Da das Thema Klimaschutz eine immer größere Bedeutung hat, sollte sich ein spezieller Ausschuss ausschließlich mit diesem Thema befassen.

Klimaschutzziele sollten z. B. für die Bereiche Energie, Wirtschaftsförderung, Mobilität, Immobilien, Umwelt, Kläranlage, Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Ein Klimaschutzbericht sollte regelmäßig erstellt werden.

Die Verwaltung hat rechtliche Bedenken gegenüber diesem Antrag. Ebenso müssten Überschneidungen mit anderen Ausschüssen ausgeschlossen werden. Es wird vorgeschlagen, stattdessen die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und ein offenes Bürgerforum einzurichten.

*Warum nicht einfach das Klimathema im Ausschuss für Umwelt und Technik berücksichtigen? Dann gäbe es für die Gemeindeverwaltung und die Gemeinderäte nicht noch einen weiteren periodischen Tagungstermin.*

*Wir denken, dass damit der Bedeutung dieses Themas nicht Rechnung getragen wird, da es unser Ziel ist, dass SLR bis 2040 klimaneutral wird.*

*Das ist der Rahmen der Kooperationsvereinbarung von SLR mit dem Rhein-Neckar-Kreis und damit des Landes BW.*

*Um dieses Ziel in den nächsten 18 Jahren zu erreichen, müssen wir uns bei den Ausschüssen strukturell neu aufstellen.*

*Das Thema Klimaschutz benötigt die erforderliche Aufmerksamkeit und somit Zeit und Raum und damit einen separaten, öffentlichen Ausschuss, um angemessen der größten Herausforderung unserer Zeit, den Klimawandel, adäquate Maßnahmen entgegenzusetzen.*

*Ein öffentlicher Ausschuss für Klimaschutz würde zu transparenten Entscheidungsfindungen beitragen. Der Ausschuss für Klimaschutz müsste auch kein beschließender Ausschuss sein, sondern nur ein beratendes Gremium, der seine Empfehlung an den GR richtet.*

*Die bestehenden Ausschüsse Umwelt und Technik sowie Finanzen und Betriebe müssten inhaltlich dem neuen öffentlichen Ausschuss für Klimaschutz angepasst werden.*

*Was wären die Alternativen zum Ausschuss für Klimaschutz, um das Ziel einer klimaneutralen Kommune SLR bis 2040 zu erreichen?*

- *Wir hätten keine regelmäßigen Treffen, um uns ausschließlich dem Klima-Thema zu widmen, beispielsweise:*
  - *Mit welchen Instrumenten können wir kommunal dem Klimawandel begegnen?*
  - *Welche Klima-Anpassungen können wir vornehmen?*
  - *Wie sieht die Risikoanalyse für SLR in den nächsten Jahren aus?*
  - *Wie ist beispielsweise der aktuelle „IST“ und „SOLL“ - Status zur CO2-Neutralität und welche zeitnahen Entscheidungen müssen wir treffen?*
- *Der bisherige Ausschuss für Umwelt und Technik ist mit dem Thema klimaneutrale Kommune SLR bis 2040 überfrachtet, da dieser Ausschuss noch viele weitere Themen beinhaltet.*

- *Wir können so weiter machen wie bisher und einen Antrag nach dem anderen zum Thema Klimaschutz stellen.*
- *Es gibt so viel Klima-Themen zu besprechen, dass wir in den nächsten Jahren potenziell auf jeder GR-Sitzung einen Antrag zum Thema Klimaschutz stellen könnten.*
- *Wäre es da nicht sinnvoller und effizienter, wenn wir ein eigenständiges Gremium hätten, in dem wir zielgerichtet die Klima-Themen strategisch und priorisiert besprechen könnten?*
- *Ein weiteres Thema wäre nachhaltige Wirtschaftsförderung unter klimapolitischen Gesichtspunkten. Eine nachhaltige Wirtschaftsförderung bietet viel Potential für Wirtschaftswachstum. Wir möchten den Weg zur Green Economy in SLR in der Wirtschaftsförderung berücksichtigen. Bis 2030 werden vor allem die Unternehmen und Standorte wachsen, die die Transformation zu nachhaltigen Wirtschaftskreisläufen und zum Klimaschutz konsequent umsetzen. Daher sollten wir als Kommune die Unternehmen bei dieser Transformation mit voller Kraft unterstützen. Ziel muss es sein, schrittweise die Transformation zur Green Economy - also zu einem nachhaltigen Wirtschaftsstandort umzusetzen.*

*Aus den genannten Gründen sind wir daher der Auffassung, dass ein eigenständiger und öffentlicher Ausschuss mit einer weiteren Vollzeitstelle notwendig ist, um unsere Ziele zu erreichen.*

*Es gibt ja bereits zwei Vollzeitstellen, für die Bearbeitung und Umsetzung der Themen Klimaschutz-, Energie- und Mobilitätsmanagement - wie in der Vorlage ausgeführt - die sich beispielsweise um Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes und des European Energy Award kümmern.*

*Die Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit. Wir möchten hiermit unsere Wertschätzung und Anerkennung ausdrücken und uns ausdrücklich für ihre Arbeit bedanken. Um den enormen Herausforderungen im Bereich Klimaschutz gerecht zu werden, brauchen wir eine weitere Vollzeitstelle, dies begrüßt ja auch die Verwaltung in der Vorlage. Wir begrüßen den Vorschlag der Gemeindeverwaltung, eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu Klimaschutzthemen mit einer Online-Beteiligung der BürgerInnen über die Gemeindehomepage sowie ein jährlich stattfindendes offenes Bürgerforum zu organisieren.*

*Diese Öffentlichkeitsbeteiligung kann allerdings nur zusätzlich zum Ausschuss für Klimaschutz etabliert werden und kann den Ausschuss für Klimaschutz in keiner Weise ersetzen. Die Ergebnisse der Online-Beteiligung und dem jährlich stattfindenden Bürgerforum müssen natürlich im Ausschuss für Klimaschutz besprochen und bearbeitet werden.*

*Warum können wir nicht weitermachen wie bisher?*

*Ein Blick zurück in die Vergangenheit zeigt, dass einige Entscheidungen auch gegen den Klimaschutz von uns als Gemeinderat getroffen wurden.*

- *Unsere Baurichtlinien – und Vorschriften regeln beispielsweise Dinge wie Dachneigungen, aber wir hätten festlegen können, dass im Neubaugebiet Oberfeld nur klimaneutral gebaut werden darf.*
- *Ein weiteres aktuelles Beispiel ist der Kindergarten in der Rosenstraße. Hier wollten wir ursprünglich klimaneutral mit Holz bauen. Zudem sollte die modulare Fertigbauweise in Holz die Flexibilität ermöglichen, um die Kita einfach erweitern zu können – jetzt bauen wir mit Beton.*
- *Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen...*

*Es kann nicht weitergehen wie bisher!*

*Dieser Ausschuss für Klimaschutz sendet auch das Signal an unsere Bürgerinnen und Bürger, dass wir alles in unserer Macht tun, um Klima-Anpassungen rechtzeitig vorzunehmen! Wir möchten Sie daher bitten, den Antrag "Etablierung eines öffentlichen Ausschusses für Klimaschutz" zu unterstützen.*

Beschluss: Antrag abgelehnt

**Punkt 14:** Verschiedenes

**Punkt 15:** Wünsche und Anfragen